

## EINE UNBEQUEME WAHRHEIT

### Klimawandel – Fakten, Emotionen, Handlungserfordernisse

Unter Wissenschaftlern herrscht Einigkeit: In den letzten Jahrzehnten ist eine deutliche Klimaänderung feststellbar, die auf menschliche Aktivitäten zurückgeführt wird. Auswirkungen des weltweiten Temperaturanstieges sind bereits spürbar. Die Zunahme von Extremereignissen ist zu befürchten. Der Klimawandel ist allerdings „nur“ Ausdruck nicht-nachhaltiger Produktions- und Konsummuster. Diese können weitreichende Destabilisierungen von Natur, Gesellschaften und Wirtschaft nach sich ziehen, die für die ärmsten Menschen der Welt existenzbedrohend sind. Vor diesem Hintergrund widmete sich eine **Veranstaltung des Instituts für Umwelt – Friede – Entwicklung / IUFE** am 10. März 2008 - an und in **Kooperation mit der Politischen Akademie der ÖVP** - nicht nur Ursachen und Folgen des Klimawandels, sondern beleuchtete auch Handlungserfordernisse für Individuum, Wirtschaft und Politik.



#### **Glaser: Klimaschutz zahlt sich aus**

In seiner Begrüßung betonte IUFE-Vorsitzender Abg.z.NR Franz Glaser, beim Klimawandel dominierten viele persönliche Wahrnehmungen. Jeder habe etwa von der Schmelze der Gletscher und Polarkappen gehört und sei beunruhigt. Nach den Daten des Stern-Reports würden die Folgeschäden des Klimawandels rund 5-20% der jährlichen Weltwirtschaftsleistung betreffen, bei entsprechenden Gegenmaßnahmen könnten diese auf 1% – das sind 450 Milliarden Dollar – reduziert werden. Diese Zahlen zeigten, dass es sich auszahle, etwas zu unternehmen, so Glaser.

## **Gruber: Global Governance für nachhaltige Entwicklung**

Im ersten Teil der Veranstaltung präsentierte IUFGE-Geschäftsführerin Petra C. Gruber das von ihr herausgegebene Buch zum Thema „Nachhaltige Entwicklung und Global Governance; Verantwortung. Macht. Politik.“, einen auf IUFGE-Veranstaltungen basierenden Sammelband. Gruber kritisierte, dass wir spätestens seit dem Erdgipfel von Rio 1992 wüssten, dass wir unsere Überlebensgrundlagen zerstören, dies aber nicht wahrhaben wollen. Das politische und individuelle Handeln hänge dem Wissensstand über die Problematik weiter hinterher. Es gehe nun darum, sich den Problemen couragiert zu stellen und Teil der Lösung zu sein, sagte Gruber. Als eine Wurzel des Übels identifizierte sie das „mechanistische Weltbild“ – wir seien unachtsam gegenüber den negativen Folgen der wissenschaftlichen und technischen Errungenschaften. Die Entwertung der Natur und ein Ungleichgewicht zwischen Mensch und Natur u.a. durch nicht nachhaltige Produktionsmethoden etwa in der Landwirtschaft und Industrie seien Ergebnisse dieser Entwicklung. Fortschrittsgläubig würden wir Technologien mit unabsehbaren Risiken einsetzen. Giftige und gefährliche Abfälle würden einfach in Länder mit geringeren Umweltstandards abgelagert. Unser Wirtschaftssystem basiere auf fossilen, endlichen Energieträgern, auch unser Mobilitätsverhalten heize das Weltklima an. Im Ergebnis verursachten 15% der Weltbevölkerung zwei Drittel der CO<sub>2</sub>-Emissionen. Deren Vermeidung liege somit vor allem in unserer Verantwortung, sagte Gruber. Vor allem für ärmere Regionen seien die Auswirkungen des Klimawandels verheerend, insbesondere hinsichtlich Trinkwasserversorgung und Ernährung. Damit würden auch die Anforderungen an die humanitäre Hilfe steigen. Unsere Klimapolitik sei dazu angetan, bisherige Erfolge in der Entwicklungszusammenarbeit zu vernichten. Die Konflikthanfälligkeit würde sich in den entsprechenden Regionen erhöhen – und auch die Migrationsbewegungen.

Unsere Verhaltensänderung in Sachen Nachhaltigkeit liege letztlich in unserem aufgeklärten Eigeninteresse. Schon heute gebe es 30 fragile Staaten auf der Welt, die Rückzugsgebiete terroristischer Organisationen seien, machte Gruber auf die globale Sicherheitsproblematik aufmerksam. Globale Bedrohungen, wie die Umweltzerstörungen, die Kluft zwischen Arm und Reich oder das international organisierte Verbrechen seien nicht auf lokaler, regionaler oder nationaler Ebene bewältigbar. Zudem seien neue Akteure auf die politische Bühne getreten: Neben der Bedeutung transnationaler Konzerne spiele auch die Zivilgesellschaft eine wichtige Rolle. Zur Gestaltung des Wandels sei ein neues Politikmodell erforderlich: Global Governance. Es gehe um gemeinsame Konsensfindungs- und Entscheidungsprozesse zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren, wobei die – reformierten – Vereinten Nationen eine wichtige Rolle spielten. Nicht nachhaltige Entwicklungen zu korrigieren und die herrschenden Machtasymmetrien durch echte Partnerschaft zu ersetzen, seien Voraussetzungen für eine Kultur des Friedens. Mehr denn je sei in Sachen Nachhaltigkeit couragiertes Handeln der Politik notwendig, forderte Gruber. Je mehr Zeit verloren werde, desto schwerer seien die Probleme zu lösen und umso teurer werde uns dies zu stehen kommen. Sie traue den Menschen zu, aus Einsicht und Schritt für Schritt zu handeln, sagte die IUFGE Geschäftsführerin. Es liege an uns, mit welchen Werten wir unser Leben lebenswert gestalten und welche Möglichkeiten wir für Kinder und Enkelkinder zur Verfügung stellten.

## Eine unbequeme Wahrheit

Als zweiter Programmpunkt der IUFE-Veranstaltung erfolgte die Vorführung des Oscar-prämierten Dokumentarfilms "Eine unbequeme Wahrheit" mit Friedensnobelpreisträger Al Gore von Regisseur Davis Guggenheim. In diesem vieldiskutierten Film setzt sich Gore mit dem Klimawandel auseinander, zeigt Probleme und Ursachen auf, und formuliert auch konkrete Handlungsmöglichkeiten gegen den Klimawandel, darunter konsumentische Verhaltensänderungen und politisches Engagement.

## Dialogrunde: Was tun gegen den Klimawandel?

In der anschließenden Dialogrunde erörterten Wissenschaftsminister Johannes Hahn und die Meteorologin und Wissenschaftlerin des Jahres 2005 Helga Kromp-Kolb unter Leitung von Petra Gruber die Wahrnehmung des Klimawandels und Handlungsperspektiven.

Kromp-Kolb stellte zunächst klar, dass die im Film von Al Gore präsentierten Zahlen und Fakten den wissenschaftlichen Konsens repräsentierten. Der Film übertreibe nicht, es gehe tatsächlich um die Frage, ob unsere Zivilisation weiter existiere oder zugrunde gehe. „Diese Tatsache ist noch nicht wirklich durchgedrungen“, sagte sie. Zu den im Film von Al Gore erwähnten professionellen Klimaskeptikern stellte Kromb-Kolb fest, die entsprechenden PR-Konzepte seien aufgedeckt worden. Ziel dieser Klimaskeptiker sei es, die Menschen zu verunsichern. „In wessen Interesse es ist, dass wir weiter fossile Brennstoffe nutzen, liegt auf der Hand“, so die Klimaforscherin. Ihrer Beobachtung nach werde den Klimaskeptikern von den Medien und von der Politik zuviel Aufmerksamkeit geschenkt.



## Hahn: Österreich gegen den Hype der Kernenergie

Wissenschaftsminister Johannes Hahn erklärte, man müsse stets beide Seiten hören, um dann aufzeigen zu können, was richtig und was falsch sei. Er bedaure, dass Al Gore entgegen seinem eigenen Ratschlag zu politischem Handeln bei den Präsidentschaftswahlen nicht selbst kandidiere. „Würde er nur ein Drittel dessen zusammenbringen, was er kritisiert, dann wäre das ein Segen für die ganze Welt“, sagte Hahn. Er berichtete vom europäischen Hype in Sachen Kernenergie, der derzeit herrsche. Hier stehe Österreich mit seiner ablehnenden Haltung praktisch alleine da. Nur Irland äußere sich gegenüber der Nutzung der Kernkraft kritisch. Immerhin habe er gemeinsam mit Wirtschaftsminister Martin Bartenstein erreicht, dass Forschungsgelder nur auf den Sicherheitsbereich eingeschränkt würden, und dass gleichzeitig Forschungsgelder für erneuerbare Energien bereit stünden, bilanzierte Österreichs Forschungsminister. In Österreich verwies er auf die Schaffung des Klima- und Energiefonds. Er betonte die Notwendigkeit der Grundlagenforschung. Für internationale Debatten brauche es ausreichend Material und Daten.



Die Wissenschaft könnte der Politik Argumentationsgrundlagen und Daten und Fakten liefern, sagte Kromb-Kolb. Sie verwies beispielhaft darauf, dass im Bereich der Kernenergie nach wie vor mit veralteten Erkenntnissen hinsichtlich der Grenzwerte gearbeitet werde. Vor allem unter den Politikern herrsche ein starker Druck Richtung Kernenergie, der von der zugehörigen Wirtschaft unterstützt werde. Dem Argument, dass die Kernenergie weniger Treibhausgase nach sich ziehe und daher eine Lösung für die Klimaproblematik sei, trat die Wissenschaftlerin entgegen: In den nächsten zehn Jahren, in denen der Wandel im Bereich der Treibhausgase geschaffen werden müsse, werde die Kernenergie überhaupt nichts bringen. Mittelfristig fehle es zudem am Uran. Investoren würden der Kernenergie heute eher kritisch gegenüberstehen. Sie sei jedenfalls keine Lösung für den Klimawandel.

Den professionellen Klimaskeptikern warf sie vor, mit „gebogenen und verzerrten Zahlen“ zu arbeiten. Kromb-Kolb verwies darauf, dass der Klimawandel in ein Sicherheitsproblem münde und in Krieg und Terror führe. Insofern sei der Friedensnobelpreis für Al Gore für den Film berechtigt.

Forschungsminister Johannes Hahn replizierte, ihn habe der Film enttäuscht. Ein Vortrag von Kromb-Kolb biete für ihn mehr Informationswert. In Bezug auf den Klimawandel sagte er, die Bereitschaft zur Aktion sei noch nicht da. Beispielhaft nannte er die internationalen Maßnahmen zur FCKW-Reduktion gegen das Ozonloch. Gegen den Klimawandel könne jede Institution etwas beitragen. Er verwies auf die Initiative „Kraftwerk Josefstadt“ der ÖVP Josefstadt, die Hausbesuche von Energiesparexperten organisiert.

### **Kromb-Kolb: Es geht um moralische Ansprüche**

In der Diskussion unterstrich Klimaforscherin Kromb-Kolb einmal mehr, dass es bei der Klimawandel-Frage um moralische Ansprüche gehe. Verstehe sich der Mensch als Spezies wie alle anderen, die auch einmal wieder verschwinden werde, so sei der Klimawandel kein Problem. Aber als homo sapiens sapiens mit moralischen Ansprüchen könne es uns nicht egal sein, wie wir die Welt hinterließen. Vor diesem Hintergrund sei das Verschwinden der Gletscher, das manche nicht als Problem sähen, durchaus ein Problem. Damit würden wesentliche Wasserspender verloren gehen, das Risiko im alpinen Bereich würde sich durch zurückbleibendes lockeres Gestein erhöhen, warnte sie.

Wissenschaftsminister Johannes Hahn unterstrich die Konsequenzen des Klimawandels für das Ansteigen des Meeresspiegels. Dies führe zu Überflutungen, von denen hunderte Millionen Menschen betroffen seien: „Wenn diese Menschen neue Lebensbereiche suchen müssen, entsteht ein Druck, gegen den die Völkerwanderung ein Lercherl war“, sagte er. Als weiteres Beispiel nannte er die negativen Auswirkungen des Temperaturwandels auf Monokulturen, an denen die gesamte Wirtschaft einer Region hänge. Dies seien dramatische Herausforderungen, weil sie extreme Auswirkungen auf Wirtschaft und Sicherheit hätten.

Der Druck seitens Wissenschaft und NGOs auf die Politik in Sachen Klimaschutz könne nie groß genug sein, sagte Hahn. Wie alle Themen unterliege der Klimaschutz einer wechselnden öffentlichen Aufmerksamkeit. Hier habe der Film vom Al Gore auch seine Verdienste. Es brauche eine entsprechende bottom-up Bewegung. Politikern, die sich in diesem Bereich engagierten, müsste man auch die Mauer machen. Sonst würden diese mit ihrem Umweltthema alleine dastehen.

Meteorologin Kromb-Kolb zeigte sich überzeugt davon, dass das Thema Klimawandel nicht an Bedeutung verlieren werde. Das werde leider auch für das Strahlenthema gelten. „Die Kernkraftwerke werden älter und unsicherer. Ich fürchte, der nächste Unfall ist unvermeidbar“, sagte sie. Auch sie sprach sich dafür aus, dass die Bürgerinnen und Bürger an die Politik das Signal vermittelten, dass etwas passieren müsse. Entsprechend engagierte Politiker sollten nicht die Angst haben müssen, dadurch bei der nächsten Wahl „aus dem Amt gefegt zu werden“. Sie betonte die Wichtigkeit unabhängiger Wissenschaft. Dies sei gerade vor dem Hintergrund von Bedeutung, als sich die Universitäten zunehmend Geld über Drittmittel besorgen müssten.

Zum Publikumswunsch nach einer Ökologisierung des Steuersystems in der nächsten Steuerreform sagte ÖVP-Minister Johannes Hahn, die Ökologisierung sei sicher ein Thema, sie erfordere aber eine fundamentale Umstellung. Zwischen Wirtschaft und Klimaschutz gelte es, eine beständige Gratwanderung zu absolvieren und die richtige Balance zu finden. Man müsse neue Perspektiven eröffnen, ohne aber Bestehendes zu gefährden. Hier könne man Österreich nicht losgelöst vom europäischen Kontext sehen.



Klimaforscherin Kromb-Kolb forderte, jeder in der Bundesregierung solle daran mitwirken, dass Nachhaltigkeit wirklich ein durchgängiges Thema werde. Eine Steuerreform, die nicht den Weg in Richtung Nachhaltigkeit gehe, sei eine verpasste Chance. Man müsse aber auch das Credo in Frage stellen, dass die Wirtschaft quantitativ wachsen müsse. Sie halte das für einen Irrglauben. Auf diese Weise bekomme man das Problem mangelnder Nachhaltigkeit nicht in den Griff. Bis zur Mitte des Jahrhunderts werde mit 150 Millionen Klimaflüchtlingen zu rechnen seien, sagte sie. Es würde eine große Menge von Leuten ihr Leben verlieren, wenn gegen den Klimawandel nichts unternommen werde. Um das Ökosystem der Erde müsse man sich keine Gedanken machen. Entscheidend sei aber, dass es mit moralischen Vorstellungen einfach nicht vereinbar sei, viele Millionen Menschen zu opfern. Deshalb dürfe man die Augen vor dem Klimawandel nicht verschließen, warnte Kromb-Kolb.